

NIEDERSCHRIFT

über die **5.** Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Wohnen
(XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **01.03.2022**
Ort der Sitzung: !digitale Informationsveranstaltung nur für Ausschussmitglieder!
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:26 Uhr
Den Vorsitz führte: Sven Ladeck

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Uwe Amelungk
2. Frau Barbara Brand
3. Herr Heiner Cöllen
4. Herr Thomas Jung
5. Frau Sabina Kram
6. Herr Sven Ladeck
7. Herr Mario Loebelt
8. Frau Katharina Reinhold

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
 10. Frau Annika Bongartz
 11. Frau Sabine Kühl
 12. Frau Doris Rexin-Gerlach
 13. Herr Rainer Schmitz
 14. Herr Johannes Strauch
- Vertretung für Herrn Leif Eric Lüpertz

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15. Herr Janis Bonn
 16. Frau Swenja Krüppel
 17. Frau Marianne Michael-Fränzel
 18. Frau Angela Stein-Ulrich
 19. Herr Hermann-Josef Wienken
- Vertretung für Frau Mirjam Crespin

- **FDP-Fraktion**

- 20. Herr Jan Günther
- 21. Herr Dirk Rosellen

- **AfD-Fraktion**

- 22. Frau Hannelore Byhahn

- **Die Kreistagsgruppe**

- 23. Herr Marco Nowak

- **Die Linke**

- 24. Frau Monika Zimmermann

- **beratende Mitglieder**

- 25. Herr Marc Dietrich
- 26. Herr Bernd Gellrich
- 27. Herr Dr. Josef Merten
- 28. Herr Bülent Öztas
- 29. Herr Hans-Werner Reisdorf
- 30. Frau Barbara Shahbaz

- **Verwaltung**

- 31. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 32. Frau Anja Moll
- 33. Herr Benjamin Josephs
- 34. Herr Christian Böhme
- 35. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

- **Schriftführerin**

- 36. Frau Jacqueline Dragojevic

- **Schriftführer**

- 37. Herr Adalbert Kuszynski

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung.....	3
2.	Vorstellung Frauenberatungsstelle Frauen helfen Frauen Vorlage: 50/1160/XVII/2022	5
3.	Haushalt 2022 Vorlage: 50/1158/XVII/2022.....	5
4.	Pflege.....	5
4.1.	Pflege und Pflegeausbildung Vorlage: 50/1153/XVII/2022	5
4.2.	Örtliche Planung (Schwerpunkt Junge Pflege) Vorlage: 50/1152/XVII/2022	6
4.3.	Behandlung im Voraus planen (BVP) – Konzept für eine regionale Implementierung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1169/XVII/2022	7
5.	Mitteilungen.....	7
5.1.	ESF-Antrag zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Menschen aus Südost-, Mittel – und Osteuropa Vorlage: 50/1199/XVII/2022	7
5.2.	Beabsichtigte Verlängerung des erleichterten Zugangs zum SGB II und SGB XII bis zum 31.12.2022 Vorlage: 50/1155/XVII/2022	7
5.3.	Nichtprüfungsgrenze im Rahmen der aktuellen Beurteilung der Angemessenheit von Heizkosten Vorlage: 50/1191/XVII/2022	7
5.4.	Erstellung eines kreisweiten Wohnungslosenkonzpts Vorlage: 50/1173/XVII/2022	8
6.	Anträge	8
6.1.	Antrag Kreisentwicklungskonzept Inklusion der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: 50/1157/XVII/2022	8
6.2.	Antrag Soziales Band im Kreis stärken und gestalten! der Fraktionen CDU, FDP und UWG/Freie Wähler.....	9
7.	Anfragen	9

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck stieg in die Tagesordnung ein und wies darauf hin, dass bei Tagesordnungspunkt 2 die Vorstellung der Frauenberatungsstelle nicht der SKF, sondern Frauen helfen Frauen zugeordnet werden solle. Zudem ergänzte er, dass um 13:30 Uhr am Tag des Ausschusses zu den Tagesordnungspunkten 5.1 und 5.4 seitens der Verwaltung Tischvorlagen per Mail übersendet worden seien. Zusätzlich werde der Tagesordnungspunkt 6.2 ergänzt. Hierbei handelt es sich um den Antrag der Fraktionen

CDU, FDP und UWG. Zudem wies er darauf hin, dass es sich um eine digitale Informationsveranstaltung handle, in der keine finalen Beschlüsse gefasst werden dürften.

Ausschussmitglied Reinhold erfragte, ob angesichts der Krise in der Ukraine hinsichtlich der Flüchtlingsbewegung seitens der Verwaltung ein Statement zu der aktuellen Vorbereitung in Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen erfolgen könne.

Ausschussvorsitzender Ladeck fragte, ob es weitere Ergänzungen zur Tagesordnung oder weitere Anfragen gebe. Dies war nicht der Fall.

Kreisdirektor Brügge erläuterte, dass es sich in der Ukraine um ein einschneidendes Ereignis handle, welches in vielfältiger Hinsicht sprachlos mache. Die Aufgabe bestehe nun darin, gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen zu überlegen, welche Vorkehrungen der Rhein-Kreis Neuss treffen müsse. Die große Hilfsbereitschaft und die vielfältigen Friedensbewegungen verdeutlichen den Zusammenhalt innerhalb der Bevölkerung.

Am Tag vor dem Ausschuss für Soziales und Wohnen habe eine Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten stattgefunden, in welcher die aufzustellenden Prozesse besprochen wurden. Viele Bürgerinnen und Bürger seien bereit, für schutzsuchende Personen aus der Ukraine Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Ansprechpartner hierfür werden die kreisangehörigen Städte und die Gemeinde sein.

In einer heutigen Sitzung der Sozialdezernenten sei eruiert worden, wie viele Unterkunftsmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden im Flüchtlingsbereich zur Verfügung stehen. Zusätzlich sei eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, welche sich mit Aufenthaltsrecht und Sozialleistungen auseinandersetzt, um einen zeitnahen aufenthaltsrechtlichen Status und die entsprechenden Sozialleistungen gewährleisten zu können. Auch der Krankenversicherungsschutz solle recherchiert werden.

Herr Landrat Petruschke habe am Tag nach dem Ausschuss um 14:00 Uhr zu einer Videokonferenz „runder Tisch“ eingeladen. Eingeladen worden seien die kreisangehörigen Kommunen, Hilfsorganisationen sowie alle im Bereich Flucht engagierte Personen oder Organisationen, um eine koordinierte Unterstützung anbieten zu können. Man sei außerdem in Kontakt mit dem ukrainischen Generalkonsul, um abzusprechen zu können welche Hilfeleistungen seitens des Kreises und der Bevölkerung erbracht werden können.

Derzeit gehe man nicht von einem Flüchtlingszustrom wie in den Jahren 2015/2016 aus. Das BBZ Grevenbroich wäre innerhalb von 5 bis 6 Tagen als Notunterkunft mit den entsprechenden Ressourcen unter Beteiligung anderer Stellen bereit, sofern es benötigt werden sollte. Der Ministerpräsident habe am Tag nach dem Ausschuss um 14:00 Uhr die kommunalen Spitzenverbände zu einem Gespräch eingeladen, um zu besprechen wie sich das Land Nordrhein-Westfalen auf die kommende Lage vorbereiten werde. Man vermute, dass § 24 AufenthG auf die Flüchtlinge aus der Ukraine Anwendung findet und dementsprechend ein Anspruch auf Leistungen des AsylbLG bestehe. Voraussetzung hierfür sei die erstmalige Aktivierung der Richtlinie 2001/55/EG der Europäischen Union.

Kreisdirektor Brügge ergänzte, dass der Rhein-Kreis Neuss gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen eine fortlaufende FAQ-Liste betreffend der ukrainische Krise erarbeite, in welcher Fragen von Bürgerinnen und Bürgern und Schutzsuchenden aufgegriffen und beantwortet werden sollen. Derzeit bestehe die Überlegung, das FAQ in die

ukrainische Sprache übersetzen zu lassen. Das Kommunale Integrationszentrum sei derzeit auf der Suche nach ehrenamtlichen und hauptamtlichen Dolmetschern.

2. Vorstellung Frauenberatungsstelle Frauen helfen Frauen

Vorlage: 50/1160/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck hieß die Vertreterinnen vom Verein Frauen helfen Frauen, Frau Gronen und Frau Habrich, herzlich willkommen und erteilte Ihnen das Wort.

Frau Gronen stellte die Frauenberatungsstelle anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist als **Anlage** beigefügt.

Ausschussvorsitzender Ladeck bedankte sich bei Frau Habrich und Frau Gronen und sprach seine Wertschätzung für das gesamte Team aus.

3. Haushalt 2022

Vorlage: 50/1158/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck verwies auf die ausführliche Vorlage der Verwaltung.

Ausschussmitglied Bartsch merkte an, dass im Bereich „Wohnen“ auf Seite 626 2,5 Millionen Euro für eine Stammeinlage für eine zu gründende Wohnungsbaugesellschaft ausgewiesen seien. Jedoch sei für die Service- und Koordinierungsgesellschaft laut Gesellschaftervertrag eine Stammeinlage in Höhe von 25.000 Euro zu leisten. Daher entstehe die Frage, wofür die 2,5 Millionen € verwendet werden.

Die Antwort auf die Frage wird in der Niederschrift beantwortet.

Nachtrag:

Die veranschlagten Mittel sollen allgemein der Beteiligung an Initiativen zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum sowie zum Bau von preisgünstigem Wohnraum genutzt werden. Die Erläuterung im Haushaltsentwurf wird entsprechend konkretisiert. Einzelne Projekte werden dabei vorab in den zuständigen Gremien abgestimmt.

4. Pflege

4.1. Pflege und Pflegeausbildung

Vorlage: 50/1153/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck verwies auf die beigefügte Vorlage und insbesondere auf die Präsentation des Jobcenters. Es gab keine Rückfragen.

4.2. Örtliche Planung (Schwerpunkt Junge Pflege) Vorlage: 50/1152/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck erläuterte, dass es einen Konkretisierungswunsch der SPD Fraktion gegeben habe und sich Ausschussmitglied Kühl und Ausschussmitglied Reinhold diesbezüglich überfraktionell zu diesem Thema mit der Verwaltung ausgetauscht haben. Die entsprechenden Änderungen seien auf den Seiten 159-161 zu finden.

Ausschussmitglied Kühl merkte an, dass die Änderungen und Ergänzungen unter 3 h den Anmerkungen entsprechen würden und bedankte sich bei der Verwaltung. Zusätzlich erwähnte Ausschussmitglied Kühl, dass auf Seite 15 der örtlichen Planung eine Tabelle dargestellt sei, die sich ihr nicht erschließe. Die Einteilung sei nicht nachvollziehbar und der Bewertungsrahmen solle angepasst werden. Sie schlug vor, die Bewertung zukünftig in die Bereiche positiv, neutral und negativ einzuteilen, um eine bessere Abgrenzung zu erreichen. Zusätzlich solle auf Seite 28 unter Punkt 4: „Pflegekräfte unter 30 Jahren sollen ein KiTa Angebot in Wohnortnähe erhalten“ die Anforderung an das Alter ausgeweitet werden. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb nur Pflegekräfte bis 30 Jahren ein KiTa Angebot erhalten sollen, obwohl auch Pflegekräfte über 30 Jahren ein Betreuungsproblem haben könnten und bittet diesbezüglich um Erklärung.

Ausschussmitglied Reinhold merkte an, dass in der letzten Sitzung der Kommission Silberner Plan die Tabelle auf Seite 15 ausführlich besprochen wurde und sich nicht erschließe, weshalb einzelne Punkte in der Vorlage nicht nachvollziehbar seien.

Ausschussmitglied Kühl erklärte, dass an der letzten Sitzung der Kommission Silberner Plan Herr Lüppertz teilgenommen habe und er der Sitzung aufgrund technischer Probleme nicht durchgehend folgen konnte.

Ausschussvorsitzender Ladeck verdeutlichte, dass es ärgerlich sei wenn die Vorarbeit in der Kommission Silberner Plan nicht von allen Fraktionen gleichermaßen verfolgt werde und regte an, über einen Wechsel des Mitglieds in der Kommission Silberner Plan nachzudenken oder im Anschluss an die Kommission die Thematik mit der Verwaltung zu erörtern.

Kreisdirektor Brügge erklärte, dass mit der örtlichen Planung vorgelegt werde, was damals durch Herrn Dr. Klose als Silberner Plan entstanden sei. Dies sei eines seiner vielen Werke, die in die Gesetzgebung aufgenommen wurden. In diesem Fall geht es um die strategische Betrachtung der Pflegesituation im Rhein-Kreis Neuss mit der Zielsetzung, dass pflegebedürftige Menschen möglichst lange in ihrem Zuhause bleiben können.

Die schriftliche Fassung der örtlichen Planung sei zwei Mal in der Kommission Silberner Plan besprochen worden. Zusätzlich wurde in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen intensiv über das Thema „Junge Pflege“ diskutiert und sich dahingehend geeinigt, im überfraktionellen Austausch die kritischen Themen zu erörtern und entsprechend zu ändern. Diese Änderungen seien nun in der Vorlage vorgenommen worden.

Kreisdirektor Brügge führte weiterhin aus, dass die Art und Weise der Darstellung von Tabellen immer diskutabel sei. Nicht diskutabel sei die von Ausschussmitglied Kühl kritisierte Ausführung auf Seite 28, da diese Ausführung aus der Beschlussfassung des Finanzausschusses vom 11.03.2021 zitiert wurde. Unabhängig davon gehe Kreisdirektor

Brügge davon aus, dass die Antragssteller seinerzeit nicht gegen eine Ausweitung der Altersbegrenzung wären. Kreisdirektor Brügge würde es begrüßen, wenn die örtliche Planung im Kreisausschuss beschlossen werden könne und der Ausschuss damit einverstanden sei.

Das Gremium hat seine Zustimmung für die Beschlussempfehlung signalisiert.

4.3. Behandlung im Voraus planen (BVP) – Konzept für eine regionale Implementierung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/1169/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck verwies auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung.

Rückfragen oder Ergänzungswünsche gab es keine, das Gremium hat seine Zustimmung für die Beschlussempfehlung signalisiert.

5. Mitteilungen

5.1. ESF-Antrag zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Menschen aus Südost-, Mittel – und Osteuropa Vorlage: 50/1199/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck verwies auf die Tischvorlage und erfragte, ob es weitere Ausführungen seitens der Verwaltung gebe.

Kreisdirektor Brügge erläuterte den Inhalt analog zur Tischvorlage, da diese den Ausschussmitgliedern erst mittags zur Verfügung gestellt wurde.

5.2. Beabsichtigte Verlängerung des erleichterten Zugangs zum SGB II und SGB XII bis zum 31.12.2022 Vorlage: 50/1155/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck verwies auf die Mitteilungsvorlage. Es bestand kein Erläuterungsbedarf.

5.3. Nichtprüfungsgrenze im Rahmen der aktuellen Beurteilung der Angemessenheit von Heizkosten Vorlage: 50/1191/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck verwies auf die Vorlage und übergab das Wort der Verwaltung.

Kreisdirektor Brügge führte aus, dass durch den in der Vorlage beschriebenen Inhalt der Rhein-Kreis Neuss auf die deutlich erhöhten Energiepreise reagiere. Mit Energiepreisen

seien die Kosten für die Wärmeversorgung gemeint. Die Energiepreise für den Haushaltsstrom seien über die laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt zu finanzieren, wofür der Bund zuständig sei.

5.4. Erstellung eines kreisweiten Wohnungslosenkonzpts Vorlage: 50/1173/XVII/2022

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck verwies auf die Tischvorlage. Er erläuterte, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt im April eine erste Veranstaltung mit den betroffenen und beteiligten Trägern geben werde.

Ausschussmitglied Bartsch lobte die Initiierung des Projektes und fragte, wie die örtliche Wohnungswirtschaft eingebunden werde, da diese hinterher die Wohnungen zur Verfügung stelle. Kreisdirektor Brügge sicherte zu, dass die örtliche Wohnungswirtschaft ebenfalls beteiligt werde.

Ausschussmitglied Krüppel erkundigte sich, inwiefern der Arbeitskreis auf die konzeptionelle Vorgehensweise eingehen könne, im Sinne neuer Formen der Wohnungslosenhilfe, wie beispielsweise housing first. Diese neuen Formen der Wohnungslosenhilfe haben auch im Koalitionsvertrag Einzug erhalten.

Die Erwartungshaltung von Kreisdirektor Brügge schließe neue Formen der Wohnungslosenhilfe ein. Es solle eine gesamte und umfassende Aufarbeitung des Themas erfolgen.

6. Anträge

6.1. Antrag Kreisentwicklungskonzept Inklusion der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: 50/1157/XVII/2022

Protokoll:

Antragstellerin Krüppel verwies auf den ausführlichen Antrag und bat die Ausschussmitglieder um Zustimmung.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Cöllen erläuterte Ausschussmitglied Krüppel, dass in Punkt drei des Tenors der Beschlussfassung unter Beteiligung der von der Inklusion „betroffenen Personen“ Menschen mit Behinderungen gemeint seien. Man könne über Selbsthilfegruppen oder anderen Organisationen, die eine Verteilerfunktion einnehmen würden, Menschen mit Behinderungen finden, die an der Erstellung eines solchen Konzeptes mitwirken möchten. Ausschussmitglied Krüppel gehe davon aus, dass man nicht vor der Problemstellung stehe das zu viele Menschen mit Behinderung an der Erstellung beteiligt werden wollen. Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsgruppe und des Konzeptes sei Aufgabe der Verwaltung.

Ausschussmitglied Cöllen kritisierte die offene Wortwahl der an der Erstellung des Konzeptes zu beteiligen „betroffenen Personen“.

Ausschussmitglied Bonn ergänzte zu der Ausführung von Ausschussmitglied Krüppel, dass unter „betroffene Personen“ auch Vereine und Institutionen zu fassen seien, die sich als Interessenvertreter verstehen.

Ausschussmitglied Bartsch schlug vor, die Formulierung „betroffene Menschen“ aus dem Antrag zu streichen und stattdessen Interessenvertretungen zu ergänzen.

Ausschussmitglied Krüppel stellte heraus, dass es sich bei dem Antrag um einen Prüfungsauftrag handele und der erste Schritt eine politische Diskussion darstelle. Sie plädierte dafür, die Formulierung im Konzept stehen zu lassen, da nicht alle betroffenen Personen Mitglied einer Interessenvertretung seien.

Ausschussvorsitzender Ladeck fragte die Verwaltung, ob der Arbeitsauftrag aus der vorangegangenen Diskussion ersichtlich sei.

Kreisdirektor Brügge schlug vor, dass die Verwaltung für den nächsten Ausschuss für Soziales und Wohnen einen ersten Vorschlag zur Projektorganisation der Erstellung eines Inklusionskonzeptes unterbreiten werde. Voraussetzung sei, dass entsprechende Mittel seitens des Finanzausschusses zur Verfügung gestellt werden.

6.2. Antrag Soziales Band im Kreis stärken und gestalten! der Fraktionen CDU, FDP und UWG/Freie Wähler

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Ladeck erteilte Ausschussmitglied Reinhold das Wort, sie erläuterte den gestellten Antrag und dessen Hintergrund.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Krüppel erläuterte Kreisdirektor Brügge, wie der Antrag seitens der Verwaltung aufgenommen wurde. Vorangestellt sei die konzeptionelle Arbeit, im nächsten Schritt würden die Angebote dargestellt. Bei der Darstellung der Angebote werde das Digitalisierungspotential geprüft.

Ausschussmitglied Bartsch äußerte den Wunsch, zusätzlich zum Antrag aufzunehmen, dass auch der künftige Bedarf ermittelt werden solle, um eine Versorgung im gesamten Kreisgebiet sicherzustellen. Dabei seien Doppelstrukturen jeweils zu vermeiden.

Ausschussmitglied Reinhold bestätigte, den von Ausschussmitglied Bartsch gewünschten Zusatz aufzunehmen.

7. Anfragen

Protokoll:

Es gab keine Anfragen.

Ausschussvorsitzender Ladeck bedankte sich und ergänzte, dass heute sein letzter Tag als Ausschussvorsitzender sei. Da Ausschussvorsitzender Ladeck nun Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion ist, wird er künftig den Vorsitz im Ausschuss für Soziales und Wohnen nicht mehr übernehmen. Die CDU-Fraktion werde im Kreistag Ausschussmitglied Reinhold als Nachfolgerin vorschlagen.

Kreisdirektor Brügge teilte unter großem Bedauern mit, dass es für Frau Moll ebenfalls der letzte Ausschuss sei, da sie den Rhein-Kreis Neuss verlassen werde. Er bedankte sich bei Frau Moll für ihre herausragende Arbeit als Leiterin des Sozialamtes. Ausschussvorsitzender Ladeck bedankte sich bei Frau Moll und wünschte ihr für ihre neue Tätigkeit alles Gute.

Ausschussvorsitzender Ladeck schloss den öffentlichen Teil des Ausschusses und eröffnete den nicht öffentlichen Teil.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzender Sven Ladeck um 18:26 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Sven Ladeck
Vorsitz



Adalbert Kuszynski
Schriftführung



Jacqueline Dragojevic
Schriftführung